

21. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 27. März 1952

443/J

A n f r a g e

der Abg. E l s e r und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
betreffend die Benachteiligung der kleinen Landwirte und Pächter bei
der Vergabung von öffentlichen Krediten und Subventionen.

-.-.-

Seit Jahren entfaltet die Führung der Koalitionsparteien und ihre Presse ein wütendes Kesseltreiben gegen jene kleinen Landwirte und Pächter, die von der Güterverwaltung der USIA Boden pachten wollten oder pachteten. Diese Leute, für welche die Pacht eines Stückchens Boden oft der Ausweg aus einer schweren Notlage bedeutet, wurden beschimpft, bedroht und als "Verräter von Volk und Heimat" bezeichnet. Die Hetze geht so weit, daß sogar die österreichische Bundesregierung in einer amtlichen Mitteilung vom 26. Februar d.J. sich an ihr beteiligte.

Inzwischen kam die erstaunliche Tatsache ans Licht, daß eine Reihe von führenden und treuen Anhängern der Regierungsparteien sich höchstpersönlich unter den Großpächtern der USIA befindet. Diese Großpächter persönlich unter den Großpächtern der USIA mit dem Mitgliedsbuch einer Koalitionspartei in der Tasche, wie z.B. der ÖVP-Nationalrat Eichinger und die Besitzer Dworak, Siegmund, Kellner, Rupp etc., wurden - zum Unterschied von den kleinen Landwirten - nicht nur nicht beschimpft und vorfemt, sondern erhielten zur besseren Bewirtschaftung der gepachteten Grundstücke noch beträchtliche Kredite aus den öffentlichen Fonds des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. So sollen, nach ihren eigenen Angaben, der ÖVP-Nationalrat Eichinger 240.000 S, Dworak 370.000 S, Siegmund 600.000 S, Kellner 80.000 S, Rupp 80.000 S als Kredit vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erhalten haben.

Es zeigt sich demnach, daß die ganze Hetze gegen die kleinen Landwirte nicht aus irgendwelchen grundsätzlichen Beweggründen geführt wurde,

sondern einfach deshalb, um einigen Großagrariern aus den Kreisen der Parteifreunde die lästige Konkurrenz der kleinen Landwirte vom Halse zu schaffen. Es zeigt sich weiter, daß für diese Großagrariere in Österreich alle öffentlichen Kredite und Subventionen zu haben sind, während die kleinen Leute immer mit der heuchlerischen Versicherung abgewiesen worden, es sei kein Geld da.

Die geforderten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die folgende

A n f r a g e:

1. Ist es richtig, daß die Großpächter der USIA beträchtliche Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten haben, während man die Kleinen mit der Behauptung abspeist, es sei kein Geld da?

2. Ist der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bereit, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Bevorzugung der Großagrariere und Protektionskinder der Koalitionsparteien bei der Vorgebung von Krediten und Subventionen endlich einmal Schluß gemacht wird?

-.--.-.-.-.-.-.-.-